



Rede Macht Asylpolitik

Bundestagsreden zum Thema Flucht und Asyl aus metaphorologisch-kulturwissenschaftlicher Perspektive

Arthur Depner und Simon Goebel

- Abstract** This paper analyses the use of metaphor in political speeches addressing the so-called “refugee crisis”. The speeches were made in 2015 in the German parliament by members of the government and opposition. Our findings show that systematic and profound analysis of the apparently trivial assumption that political rhetoric effects public opinion and vice versa, produces significant results in the field of an ethnology of contemporary “Western” national states and their interdependence. This includes their self-understanding as well as the complex dynamics of discourse and power within themselves and on a global scale. The approach presented in our paper is capable of grasping the dynamic socio-cultural negotiation processes currently underway. We argue that it is important to examine the metaphorical dimension of expressions used in political discourses. If these are taken for granted, no scope would be left for alternative expressions and metaphors that trigger different frames and thus enable alternative actions.
- Keywords** Refugees; Metaphor; Politics; Wording; Flight; Migration; Discourse; Language.
- DOI** 10.25364/08.2:2016.1.7



Rhetorik und Politik sind eng miteinander verknüpft. Diese geradezu banale Feststellung wird besonders dann ins Bewusstsein gerufen, wenn Zusammenhänge zwischen Diskurs und Praxis, zwischen Sprechen und Handeln offenbar werden; wenn deutlich wird, dass Diskurs eine Form der Praxis ist, genauso wie Sprechen Handeln ist, oder, wenn das eine direkt oder indirekt aus dem andern folgt. In den Jahren 2015 und 2016 wurde der Zusammenhang zwischen Rhetorik und Politik im Kontext der Zuwanderung Geflüchteter virulent. Angesichts der im Nachkriegseuropa vergleichsweise hohen Zahlen ankommender, geflüchteter Menschen in der Europäischen Union und in Deutschland und der stark gestiegenen Anzahl fremdenfeindlicher Straftaten in der Bundesrepublik im Jahr 2015, geriet die sprachliche Ausgestaltung von politischen Stellungnahmen zum Themenkomplex Einwanderung in den Fokus kritischer medialer Betrachtung. Große Aufmerksamkeit erregten in diesem Zusammenhang die Äußerungen des Außenministers Frank-Walter Steinmeier (SPD) vom 26.12.2015, in denen er die Art des rhetorischen Umgangs mit dem Thema Flucht, wie er von einigen Parteien gepflegt werde, für die steigende Zahl ausländerfeindlicher Straftaten mitverantwortlich machte (vgl. Spiegelonline 2015b). Bereits im Juli 2015 benutzten Mitglieder der Oppositionsparteien im Bundestag in diesem Kontext den Begriff „geistige Brandstiftung“, um insbesondere die Haltung der bayerischen Regierungspartei CSU in der Frage des Umgangs mit Asylsuchenden aus Ländern mit hohen Ablehnungsquoten zu kritisieren (vgl. Spiegelonline 2015a).

Eine zentrale Rolle in diesem Kontext spielten nicht zuletzt auch die unterschiedlichen populistischen Akteure wie Pegida und deren Ableger, die AfD, aber auch entsprechende Bewegungen und Parteien außerhalb der Bundesrepublik.¹ In einer neuen Dimension ihrer Hör- und Sichtbarkeit stellten diese Akteure eine Irritation dar, die in ihrem Kern und in ihren Wurzeln noch nicht ganz verstanden zu sein schien. Äußerten diese Gruppen nun echte, legitime Sorgen, Ängste und Nöte einer sich in die Enge getrieben bzw. ins Abseits gedrückt fühlenden Bürgerschaft? Oder handelte es sich in der Mehrzahl schlichtweg um ahnungslose Mitläufer_innen, geleitet und angestachelt durch die immergleichen Parolen von Ausländerfeinden und geschmeichelt von dem Gefühl, der Demokratie durch die Agitation auf der Straße zu ihrem Recht zu verhelfen?

In dieser Situation waren und sind Politiker_innen dazu gezwungen, Stellung zu beziehen. Und je länger die Lage angespannt blieb, desto klarer und deutlicher sollte die Positionierung sein. So forderte der bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU) Anfang September 2015 eine klare Positionierung der Kanzlerin Angela Merkel (CDU) in der „Flüchtlingskrise“ (FAZ 2015). Gleichzeitig sagte er: „Wir können nicht als Bundesrepublik auf Dauer bei 28 Mitgliedsstaaten beinahe sämtliche Flüchtlinge aufnehmen.“ (ebda.)

Mit einer solchen „Positionierung“ erwartete er also im Grunde ein Umschwenken der Kanzlerin auf seinen eigenen restriktiven und flüchtlingsfeindlichen Kurs. Diese Episode der Auseinandersetzung kann als Beispiel für eine sich immer weiter verfestigende Struktur der gegenseitigen Abgrenzung und der Unbeweglichkeit in diesem Diskurs gesehen werden.

Stellungnahmen, Meinungsäußerungen, Schlagzeilen und Interviewbeiträge – sie alle begannen sich in einer Weise aufeinander zu beziehen, die deutlich machte, dass das vordergründige Thema der Auseinandersetzung: die Frage des konkreten Umgangs mit geflüchteten

1 Obwohl ähnliche Diskurse in sämtlichen europäischen Staaten zu beobachten sind, konzentrieren wir uns im Rahmen dieses Beitrags auf den bundesdeutschen Diskurs.



Menschen, zwar nie gänzlich in den Hintergrund rückte, aber auch nicht das allein bestimmende Thema war. Die Auseinandersetzung selbst rückte verstärkt in den Vordergrund – insbesondere ihre rhetorische Ausprägung und die Frage nach den Folgen, die mit einer bestimmten Ausdrucksweise einhergehen können.

Dass ein Wirkungszusammenhang zwischen Sprache (hier: Rede) und Handlungen besteht, wurde einleitend bereits angenommen. Der Beweis eines solchen Zusammenhangs ist jedoch nicht leicht zu erbringen – und dies wird umso schwerer, je konkreter er im Einzelnen aufgezeigt werden soll. Wer also nachweisen möchte, dass die einzelne Aussage einer Person eine andere Person zu einer bestimmten Handlung motiviert, stößt auf Schwierigkeiten, die mit der räumlich-diskursiv wachsenden Distanz beider Personen zueinander zunehmen. Wenn es sich also nicht um einen direkten kommunikativen Zusammenhang, z.B. im Sinne eines Befehls (A befiehlt B, eine Handlung auszuführen), einer Empfehlung o.ä. handelt, ist es zwar prinzipiell möglich, Interdependenzen zwischen kommunizierten Inhalten und Handlungen aufzuzeigen. Die Frage nach der Verantwortung jedoch lässt sich dadurch nicht beantworten, sondern zunächst nur aufwerfen.

Wir möchten mit diesem Beitrag ein spezifisches kommunikatives Feld in den Blick nehmen. Wir fragen, wie Bundestagsreden im Jahr 2015 im Kontext von Fluchtmigration Bilder erzeugen. Dazu beschränken wir uns auf Metaphern, da wir darin einerseits besonders wirkmächtige, andererseits aber auch besonders offen interpretierbare rhetorische Formen erkennen. Eine kulturwissenschaftliche Herangehensweise bedeutet für uns, die Verwendung von Metaphern in den analysierten Bundestagsreden zu kontextualisieren, d.h. (partei-)politische, kulturelle oder auch massenmediale Interdependenzen zu beachten.

Der Beitrag versteht sich als erster Versuch einer metaphorologisch-kulturwissenschaftlichen Analyse politischer Diskurse und deren rhetorischer Strukturen. Er hat somit eher einen Explorations-Charakter und erhebt keinen Anspruch auf theoretische und methodische Vollkommenheit. Wir möchten damit dazu beitragen, dass sich kulturwissenschaftliche Expertise auch verstärkt auf dem Feld kritischer politischer Analysen bewegt und auch im öffentlichen Diskurs wahrnehmbar auftritt. Im Aufbau werden wir zunächst unsere theoretische Perspektive vermitteln, die sich aus unterschiedlichen philosophischen, sozial- und kulturwissenschaftlichen Ansätzen sowie kognitionswissenschaftlichen Analysen und Erkenntnissen speist. Im Anschluss fokussieren wir vier Metaphern, die besonders häufig in den Bundestagsreden verwendet wurden und wenden unsere Analyseperspektive exemplarisch an.

Theoretischer Abriss: Metaphorologie und Cultural Studies

„Das ‚Parlament‘ – das Reden steckt schon im Wort. Wirklich war das Recht der öffentlichen Debatte eine Errungenschaft, erkämpft, mit Leiden bezahlt, mit Blut begossen. Es war das Recht, nicht die Erklärung des Königs oder der Obrigkeit hinnehmen zu müssen, sondern dem Weg der offenen Auseinandersetzung zu einer Entscheidung kommen zu können. Das Parlament ist der Raum, in dem alles spricht. Der Parlamentarier ist einer, der Kommunikation herstellt und verwaltet. Der Plenarsaal ist der Ort, in dem ein Handeln durch Sprechen vollzogen wird. Parlamente steuern, verdichten, prononcieren die politische Kommunikation.“ (Willemsen 2014, S. 22f.)



Mit Roger Willemsen möchten wir zunächst deutlich machen, dass wir das Parlament als Ort der politischen Aushandlung als essentielle Institution für eine demokratische Gesellschaft verstehen. Umso mehr ist es uns ein Anliegen, die parlamentarische Rhetorik zu analysieren und wenn nötig zu kritisieren.

Die „Wirksamkeit der Rede“ bringt Andreas Hetzel in der Einleitung zu seiner gleichnamigen Studie zur „Aktualität klassischer Rhetorik für die moderne Sprachphilosophie“, so der Untertitel seines 2010 erschienen Werks, auf die knappe Formel: „Rede wirkt, *indem* sie sich vollzieht und sie vollzieht sich *als* Wirkung.“ (Hetzel 2010, 10, Herv. i. O.) Hetzel sieht in der klassischen Rhetorik den Versuch, „theoretische Antworten auf die Frage [zu finden], wie mit Sprache Wirkungen entfaltet, Überzeugungen vermittelt, Situationen verändert, Stimmungen gewendet und soziale Institutionen geschaffen werden“ (Hetzel 2010, 11). Genau dieser Aspekt der Rede sei gegenüber dem sprachphilosophischen Paradigma, das in erster Linie Fragen der Bedeutung und Emergenz sprachlicher und damit zumeist auch geistiger Phänomene und deren Konvergenz mit der beobachtbaren Welt fokussiert, in den Hintergrund geraten. Im Gegensatz zu diesem ließe sich die Wirksamkeit der Rede nicht „reduktionistisch erklären, nicht auf ihr vorgängigen mentalen Instanzen, sozialen Institutionen oder gar physikalische Tatsachen zurückführen, die dann als Ursachen ihrer Wirksamkeit fungieren würden.“ (Hetzel 2010, 10) Vielmehr bleibe stets ein entscheidender Rest an Kontingenz im Wirkungszusammenhang der Rede übrig, oder in seinen eigenen Worten ausgedrückt: „In einer gewissen Hinsicht ist Rede nichts Anderes als die sich verkörpernde Abwesenheit des Grundes im Subjekt, im Sozialen und in der Welt.“ (Hetzel 2010, 10) Auf diese Abwesenheit von Gründen, diese bedrohlich scheinende, sich einer kausalen Erklärung entziehende Dimension wird noch zurückzukommen sein.

In der medialen Diskussion um den Zusammenhang politischer Rede und gesellschaftlicher „Stimmungen“ und Handlungen sorgte insbesondere die Erscheinung des populärwissenschaftlichen Buches „Politisches Framing: Wie eine Nation sich ihr Denken einredet – und daraus Politik macht“ von Elisabeth Wehling für Aufsehen. In zahlreichen TV-Beiträgen führte sie die zentralen Ideen ihres Werkes aus.² Die grundlegende – und mediale Aufmerksamkeit erregende – These ihres Werkes fasst sie selbst in der „Anfangsbetrachtung“ des Buches folgendermaßen zusammen:

„Menschen sind rationale Wesen. Sie können vernunftgesteuert handeln. Legt man nur alle relevanten Fakten auf den Tisch, können sie diese objektiv gegeneinander abwägen und entscheiden, was zu tun ist – ob beispielsweise ein politisches Vorhaben unterstützt werden soll oder nicht. So denken viele Menschen, so haben wir es gelernt – und so geistert es noch heute über die Flure der Parteizentralen und Medienredaktionen. Doch mit dieser Vorstellung hinken wir den Erkenntnissen der Neuro- und Kognitionsforschung hinterher und verfehlen die Chance, einen wirklich transparenten demokratischen Diskurs zu führen. Wieso? Weil in politischen Debatten nicht Fakten an und für sich entscheidend sind, sondern gedankliche Deutungsrahmen, in der kognitiven Wissenschaft Frames genannt.“ (Wehling 2016, 18)

2 Auf Elisabeth Wehlings Homepage sind im Media-Bereich sieben Videos von TV-Auftritten zu finden, von denen sechs aus dem Zeitraum August 2015 bis Mai 2016 stammen, und in denen das Thema des rhetorischen Umgangs mit Menschen mit Fluchthintergrund einen zentralen Platz einnimmt. Vgl. <http://www.elisabeth-wehling.com/media/>, Zugriff: 15.6.2016

Dieser Ausweitung des Politischen auf den gesamten Bereich der Sprache muss man nicht folgen, um der eingangs erwähnten Feststellung, Rhetorik und Politik seien eng miteinander verknüpft, ein weiteres, wissenschaftlich fundiertes Argument zu liefern, das die Banalität dieser Feststellung durch den damit einhergehenden Verweis auf die Komplexität der Zusammenhänge und auch auf die entscheidende Wichtigkeit, die der Wahl der Formulierungsweise zukommt, zu unterstreichen. Wehling zeigt in Ihrem Buch anhand vieler Beispiele aus unterschiedlichen Bereichen des politischen und gesellschaftlichen Diskurses auf, wie bestimmte Formulierungen eben nicht nur vermeintliche Tatsachen darstellen, sondern und im Besonderen gelernte Deutungsmuster bedienen, verfestigen oder auch auflösen und verändern.

Während die soziologische Rahmen-Analyse nach Goffman (1974) vor allem die Sinn stiftende Funktion von (Deutungs-)Rahmen in den Fokus rückt und somit die eher „passive“ Seite der Funktionsweise von Rahmen (Frames) betont (also: welche Perspektive/Rahmung muss gegeben sein, um eine ansonsten für den Rezipienten sinnlose Handlung/Redeweise als sinnvoll bzw. überhaupt zu verstehen?), geht die kognitionswissenschaftliche Framing-Theorie von Wehling verstärkt auf die aktive Erzeugung bzw. Nutzung von Frames ein. Man könnte sagen, es handelt sich dabei um eine Erweiterung der klassischen Rahmen-Analyse.

Für die hier vorgelegte Analyse der Nutzung von Metaphern in politischen Reden sind beide Aspekte (passiv und aktiv) der Rahmen-Analyse gleichermaßen relevant. Eine Ergänzung bzw. Anpassung besonders der kognitionswissenschaftlichen, aktiven Seite, aber auch der soziologischen, passiven Seite der Rahmen-Analyse im Sinne Hetzels, der von einem Rest radikaler Unbegründetheit bzw. Grundlosigkeit in der Wirksamkeit der Rede ausgeht, ist aus unserer Sicht insbesondere hinsichtlich der oben angedeuteten Verantwortungsproblematik notwendig.

Im Sinne der Rahmenanalyse nach Goffman ergänzen wir die Perspektive um das Konzept der Kollektivsymbolik, das Jürgen Link im Rückgriff auf Ernst Cassirers Philosophie der Symbolischen Formen und auf Michel Foucaults Diskurstheorie entwickelt hat. Nicht nur die Verwendung des Konzepts der Kollektivsymbolik in empirischen Untersuchungen zum Themenkomplex Asyl sprechen für dessen Einbeziehung (z.B. Gerhard 1992). Durch die Bestimmung von Kollektivsymbolen als „die Gesamtheit der sogenannten ‚Bildlichkeit‘ einer Kultur, die Gesamtheit ihrer am weitesten verbreiteten Allegorien und Embleme, Metaphern, Exempelfälle, anschaulichen Modelle und orientierenden Topiken, Vergleiche und Analogien“ (Link 1996, 25), kann in Verbindung mit Goffmans Ansatz der hier vorliegenden Analyse auch die gewünschte Tiefenstruktur gegeben werden, da sie das (begriffliche) Instrumentarium bereichert und dadurch den phänomenalen Gesamtkomplex treffender zu beschreiben hilft.

Eine weitere und letzte Erweiterung der Perspektive erfolgt im Anschluss an den metaphorologischen Ansatz von Hans Blumenberg – und damit kommt auch der hier behandelte Bereich der Metaphern ins Spiel. Mit Hans Blumenberg verstehen wir Metaphern nicht nur als bedeutungstragende Äquivalenzen sprachlicher Ausdrucksformen, sondern als vor- und überbegriffliche Ausdrucksformen, die auf Erfahrungen und Weltbezüge rekurren, die sich möglicherweise einer sprachlich-begrifflichen Konkretion entziehen: „Ihr Gehalt [der Metaphern; Anm. d. Autoren] bestimmt als Anhalt [sic!] von Orientierung ein Verhalten, sie geben einer Welt Struktur, repräsentieren das nie erfahrbare, nicht übersehbare Ganze der Realität.“ (Blumenberg 1999, 25) Demnach verweisen Metaphern auf komplexe emotionale oder kognitive Zusammenhänge, deren Artikulation nur schwer möglich ist. Gleichsam sind sie aber auch



formgebender, elementarer Bestandteil eines je historisch zu verstehenden, sowohl theoretischen als auch praktischen Welt-Bezugs:

„Dem historisch verstehenden Blick indizieren sie also die fundamentalen, tragenden Gewißheiten, Vermutungen, Wertungen, aus denen sich die Haltungen, Erwartungen, Tätigkeiten und Unttigkeiten, Sehnsüchte und Enttäuschungen, Interessen und Gleichgltigkeiten einer Epoche regulierten.“ (Blumenberg 1999, 25)

Von der Verbindung des metaphorologischen Ansatzes Blumenbergs mit Hetzels Ausarbeitung der Wirksamkeit der Rede, Goffmans und Wehlings Frame-Theorien und Links Konzept der Kollektivsymbolik versprechen wir uns Erkenntnisse über grundlegende, handlungsleitende Welt- und Menschenbilder bzw. Ideologien, die als solche immer auch eine Art Rückkopplungseffekt zeitigen, der sich auf die konkreten Manifestationen der sozio-kulturellen Wirklichkeit auswirkt. Die Zusammenführung dieser Ansätze könnte folgendermaßen schematisiert werden:

Zunächst stehen Metaphern als sprachliche Zeichen für einen Bedeutungsüberschuss, der, obwohl nicht konkret benannt, doch vermeintlich intuitiv von einer bestimmten Gruppe verstanden wird bzw. bedient werden kann (Goffman). „Bedient“ verstehen wir in diesem Zusammenhang als Fähigkeit, die Metapher als solche überhaupt zu erkennen und ihr überschüssige Bedeutungsdimensionen abgewinnen zu können (Hetzl). In der Folge kann es dazu kommen, dass sich eine bestimmte, als „eindeutig“ wahrgenommene Bedeutungsebene von Metaphern durch Wiederholung in einschlägigen Kontexten einstellt (Wehling), diese zu Kollektivsymbolen (Jäger) verfestigt werden und damit sowohl Frames bedienen bzw. nutzen als auch neu gestalten. Unter diesen genealogischen Bedingungen kann es auch dazu kommen, dass Deutungsmuster und Verständnis-Horizonte in die Sphäre des Selbstverständlichen übergehen und das Phänomen selbst gar nicht mehr anders als in dieser metaphorischen Form verstanden werden (Blumenberg) kann bzw. ein relativ großer Aufwand betrieben werden muss, die Frames neu zu setzen und eine neue „selbstverständliche“ Bedeutungsebene – und damit auch einen veränderten Bezug zum Phänomen oder gar „der Welt“ – zu gewinnen.

Wir möchten diese philosophischen Überlegungen mit einem Cultural-Studies-Ansatz verknüpfen. Die Cultural Studies erforschen u.a. populäre Medien, ihr Interesse richtet sich auf „die Untersuchung der Signifikanz des Trivialen, der ‘Bedeutung des Nicht-Bedeutenden’“ (Renger 2008, 274), also genau jenes Spannungsfeld, das Metaphern ausmacht: ihre leichte Verständlichkeit und Unterdrückung komplexer Zusammenhänge. Dass gerade in Bundestagesreden Metaphern auch dazu verwendet werden, um zu agitieren, d.h. um Machtverhältnisse zu reproduzieren oder in Frage zu stellen, führt zu einem weiteren Kernbereich des Cultural-Studies-Ansatzes:

„All die Cultural Studies-typischen Fragen nach Macht, Unterordnung und Widerstand, nach Hegemonie und Subalternitt oder nach der diskursiven Produktion und Reproduktion sozialer Identitäten [...] ergeben sich nahtlos aus diesem Grundinteresse an einer politischen Analyse von Kultur und einer das Kulturelle berücksichtigenden Analyse von Politik.“ (Machart 2008, 13.)



Demnach müssen Metaphern immer auch im Kontext ihres Machtbezugs begriffen werden. Die Wirksamkeit diskursiv ausgestalteter Machtverhältnisse bzw. die Wirksamkeit der Rede, wie sie auch Hetzel beschreibt, lässt sich im Sinne der Cultural Studies nicht als kausales Aktion-Reaktions-Prinzip beschreiben. Im Gegenteil – die Codierung und Decodierung eines Kommunikationsprozesses lassen Raum für Fehlinterpretation, Missverständnisse, vor allem aber auch Widerständigkeit. Die intendierte Aussage mitsamt ihren unausgesprochenen Kontexten weicht dann von der rezipierten Botschaft ab (vgl. Hall 1999). Metaphern sind aufgrund ihrer dezidierten interpretativen Offenheit ein prädestiniertes Beispiel für diesen Prozess der kommunikativen Irritation oder Subversion.

Insofern sehen wir gewinnbringende Anknüpfungspunkte zwischen unseren philosophisch-sozialwissenschaftlichen Überlegungen und einem Cultural-Studies-Ansatz. Dies möchten wir in der folgenden Analyse nutzbar machen. Im Jahr 2015 berührten 35 Bundestagsreden der Partei- und Fraktionsvorsitzenden der im deutschen Bundestag vertretenen Parteien das Thema Flucht. Die Reden sind über die Websites der Abgeordneten sowie über das Online-Archiv des Deutschen Bundestages abrufbar. Eine Rede wurde in das empirische Material einbezogen, wenn mindestens einer der Suchbegriffe „Flucht“, „Flüchtlinge“ und „Asyl“ enthalten war. Nach Sichtung sämtlicher in den Reden enthaltenen Metaphern erfolgte die Auswahl der hier exemplarisch fokussierten Metaphern einerseits auf der Grundlage quantitativer Erwägungen sowie andererseits aufgrund ihrer medialen Relevanz. Letzteres ist zwar eine vage Kategorie, die auf den Erfahrungswerten der Autoren beruht, was für die Analyse aber letztlich unbedeutend ist, da die Metaphern – wie erwähnt – exemplarischen Charakter haben. Schließlich bleiben 26 Reden als empirischer Korpus für die vorliegende Untersuchung, da sie eine oder mehrere der ausgewählten Metaphern enthalten.

Bekämpfung der Fluchtursachen

Die Forderung, Fluchtursachen zu bekämpfen, ist weithin bekannt, da sie in medial geradezu inflationärer Weise artikuliert wird. So verwundert es nicht, dass auch in den meisten der analysierten Bundestagsreden zum Thema Flucht diese Forderung gestellt wird. Volker Kauder (CDU) sagt beispielsweise:

„[N]atürlich [ist] die Bekämpfung von Fluchtursachen eine wichtige Aufgabe. Es wird aber nicht möglich sein, in kurzer Zeit alle Fluchtursachen zu beseitigen. Aber eine Fluchtursache für die Menschen in den Flüchtlingslagern ist auf jeden Fall dann gegeben, wenn sie den Eindruck haben, mit ihnen werde nicht anständig umgegangen. Hier kann man schnell Abhilfe schaffen [...]“ (Kauder, Bundestagsrede am 15.10.2015)

Formal zeigen sich hier zunächst die zwei zentralen (häufig auch substantivierten) Verben, mit denen der Umgang mit Fluchtursachen konkretisiert wird: „bekämpfen“ und „beseitigen“. Dem Wort „bekämpfen“ ist eine violente Konnotation inhärent; es deutet auf eine enorme Anstrengung hin. Gleichzeitig ist das Wort vollkommen offen, es sagt nichts über die Art und Weise des Kampfes gegen etwas. Letzteres gilt auch für eine „Beseitigung“, wobei diese nicht zwangsläufig violent oder anstrengend sein muss. Etwas zu beseitigen, verweist im Gegensatz zu einer Bekämpfung auf eine Endgültigkeit, die vollkommene Aufhebung des zu Beseitigenden.



Inhaltlich – darauf verweist der Kontext in Kauders Rede – geht es um eine finanzielle Unterstützung der Geflüchteten in den Flüchtlingslagern um Syrien. Dies würde bedeuten, dass Fluchtursachen verschiedenen Fluchtphasen zugeordnet werden könnten. Die Fluchtphase 1 wäre in diesem Verständnis die Flucht einer Person etwa aus Syrien in ein räumlich nahe an Syrien gelegenes Flüchtlingslager (Fluchtursache: (Bürger-)Krieg). Fluchtphase 2 bestünde in der Flucht dieser Person aus einem Flüchtlingslager in eine entferntere Region (Fluchtursache: Armut, Hunger, Perspektivlosigkeit). Diese Differenzierung wäre ein interessanter Ausgangspunkt für eine Diskussion über die Sinnhaftigkeit respektive Trostlosigkeit von Flüchtlingslagern. Kauder geht es jedoch darum zu zeigen, dass die Zahlen an Geflüchteten, die nach Europa und Deutschland kommen, kurzfristig über eine bessere Versorgungssituation in den Flüchtlingslagern gesenkt werden könnten und müssten. Er fokussiert entsprechend Fluchtphase 2.

Gegen Fluchtursachen vorzugehen ist freilich eine Forderung, gegen die wohl kein Mensch argumentieren würde. Doch wie auch Kauders Aussage bezeugt, können dahinter vollkommen divergente Motivationen stehen. Entsprechend wird die formal gleichlautende Forderung auch von Seiten sich widerstreitender politischer Positionen artikuliert. So kann die Bekämpfung der Fluchtursachen gefordert werden, um das Leid von Geflüchteten zu verhindern, das sowohl in den Fluchtursachen selbst (Bürgerkrieg, Krieg, Armut etc.) als auch in der gefährvollen Flucht und dem meist prekären Leben im Ankunftsland besteht. Sie kann auch aus flüchtlingsfeindlicher Perspektive gefordert werden, um die Anwesenheit Geflüchteter in einer exklusiv gedachten Gesellschaft zu vermeiden. Um die Bedeutung der Metapher „Fluchtursachen bekämpfen“ zu verstehen, muss demnach auch der politische Hintergrund der äussernden Person mit einbezogen werden.

In den vorliegenden Bundestagsreden sind zwei Perspektiven zu konstatieren, davon jene der Regierungsvertreter_innen (CDU, SPD) und jene der Oppositionspolitiker_innen (Grüne, Linke). Die Bundeskanzlerin Angela Merkel beispielsweise äußerte sich in einer Regierungserklärung am 25.11.2015 wie folgt:

„Beginnen müssen wir bei der Bekämpfung der Fluchtursachen. Es herrscht in vielen Regionen Krieg und Terror. Staaten zerfallen. Viele Jahre haben wir es gelesen. Wir haben es gehört. Wir haben es im Fernsehen gesehen. Aber wir haben damals noch nicht ausreichend verstanden, dass das, was in Aleppo und Mossul passiert, für Essen oder Stuttgart relevant sein kann.“ (Merkel, Bundestagsrede am 25.11.2015)

Mit dieser Erklärung, *warum* „wir“ die Fluchtursachen bekämpfen müssen, zeigt Merkel deutlich die dahinterstehende Motivation. Demnach geht es nicht in erster Linie um die Umstände, die Menschen zur Flucht treiben, sondern vielmehr um den Zielort der Flucht. Erst mit der Reduktion der räumlichen Distanz der unter den „Fluchtursachen“ leidenden Menschen zum „eigenen“ Territorium, scheint die Bekämpfung dieser Ursachen relevant zu werden. Ziel dieser „Bekämpfung“ ist also in diesem Sinne die Aufrechterhaltung der räumlichen Distanz, um eine Verringerung der Asylantragszahlen in Deutschland zu erreichen. Ein Verständnis Geflüchteter als Belastung für die deutsche Bevölkerung kann eine solche Aussage begründen. Essen und Stuttgart sind Städte, in denen im bundesdeutschen Vergleich überdurchschnittlich viele Migrant_innen leben. Merkels Aussage gründet somit auf einer Perspektive, die Migration als

grundsätzlich defizitär auffasst. Ihr geht es bei der Bekämpfung der Fluchtursachen um die Verteidigung vermeintlich deutscher Interessen.

Daran schließt sich die Frage an, wie Fluchtursachen bekämpft werden sollen. Hierzu sagt Sigmar Gabriel (SPD) einen Tag später im Deutschen Bundestag:

„Flüchtlingspolitik ist nicht zu trennen von dem, was wir in der Diplomatie mit all den Möglichkeiten tun, die Frank-Walter Steinmeier mit seinen Kolleginnen und Kollegen dafür nutzt, um die Fluchtursachen besser zu bekämpfen. Ich finde, dann kann das Land stolz sein auf das, was es bereit ist zu leisten.“ (Gabriel, Bundestagsrede am 26.11.2015)

Sehr allgemein gehalten nennt Gabriel die Diplomatie als Mittel, um Fluchtursachen zu bekämpfen. Gleichzeitig fehlt ein Hinweis darauf, um welche konkreten Fluchtursachen es in diesem Fall geht und wie der diplomatische Kampf ausgestaltet sein könnte.

Vertreter_innen der Oppositionspartei Die Linke werfen der Bundesregierung hingegen vor, Fluchtursachen nicht zu bekämpfen. Dietmar Bartsch (Die Linke) wendet sich am 16.12.2015 direkt an Merkel:

„Wenn ich die Formulierung ‚Fluchtursachen bekämpfen‘ höre, dann kann ich nur sagen: Das ist inzwischen leider zu einer Phrase geworden. Wie geht denn die Bekämpfung der Fluchtursachen zusammen mit der Tatsache, dass wir weiterhin Waffen nach Saudi-Arabien und nach Katar exportieren?“ (Bartsch, Bundestagsrede am 16.12.2015)

Bartsch verknüpft – wie auch seine Parteikolleginnen Sahra Wagenknecht und Katja Kipping (vgl. Sahra Wagenknecht, Bundestagsrede am 15.10.2015; Katja Kipping, Bundestagsrede am 17.12.2015) – die Metapher „Fluchtursachen bekämpfen“ mit einer konkreten ökonomischen Praxis, dem Waffenexport, und impliziert damit, dass Waffenexporte Teil der Fluchtursachen sind. Damit füllt er die Metapher mit einem Kontrapunkt. Dies zeigt, dass Metaphern nicht nur synonyme, sondern auch antonyme Vorstellungen beinhalten können.

Dass jedoch auch die Oppositionspolitiker_innen nicht detaillierter auf das Thema Fluchtursachen eingehen, führt zu einem großen Spielraum an Verständnis- und Interpretationsmöglichkeiten. Es handelt sich um eine offene Metapher, deren Funktion womöglich gerade darin besteht, im Unkonkreten die größtmögliche Zustimmung zu finden. Mit Roger Willemsen hieße das: „Wer an der Macht nicht auffällt und sich mit dem Volk auf Gemeinplätzen verabredet, kann immer weiter herrschen.“ (Willemsen 2014, 5)

Europäische Wertegemeinschaft

In ihrer Regierungserklärung am 24.09.2015 sagte Angela Merkel (CDU):

„Die Europäische Union ist eine Wertegemeinschaft und als solche eine Rechts- und Verantwortungsgemeinschaft. Sie muss in der Praxis zeigen, dass dieser Anspruch auch trägt. Dazu gehört, dass die Mindeststandards eingehalten werden müssen, die wir in Europa für die Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen und für die Durchführung von Asylverfahren festgelegt haben. Wir erleben gegenwärtig eine Situation, in der diese Mindeststandards nicht überall gegeben sind. Zur Rechts- und Verantwortungsgemeinschaft



gehört auch, die Lage an den EU-Außengrenzen besser zu kontrollieren und zu organisieren. Ebenso gehört dazu eine effektive Rückführung derjenigen, die keinen Anspruch auf Schutz in der Europäischen Union haben. Und dazu gehört die Einbindung und Unterstützung wichtiger Herkunfts- und Transitstaaten bei der Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen, bei der Eindämmung der Schleuserkriminalität sowie – das wird uns noch sehr fordern – bei der Bekämpfung der Fluchtursachen.“ (Angela Merkel, Bundestagsrede, 24.09.2015)

Merkel versteht die EU als eine Gemeinschaft, die auf einheitlichen Wertmaßstäben und rechtlichen Kriterien beruht und die eine gemeinsame Verantwortung trägt. Unklar bleibt, ob sich die Verantwortung lediglich auf die EU selbst oder auch auf ein Außerhalb der EU richtet. Ihre Konkretisierungen dessen, was sie unter „Wertegemeinschaft“ versteht, bleiben höchst allgemein formuliert. Sie erwähnt „Mindeststandards“ im Kontext der Behandlung Geflüchteter, womit sie vermutlich auf das Gemeinsame Europäische Asylsystem (GEAS) anspielt, äußert sich jedoch so allgemein, dass jene, die die Inhalte des GEAS nicht kennen, im Unklaren über die Beschaffenheit der „Mindeststandards“ bleiben. Unklar bleibt auch, inwiefern eine bessere Kontrolle und Organisation des EU-Grenzregimes im Zusammenhang mit europäischen Wertmaßstäben steht, ist dieses EU-Grenzregime doch gerade die Ursache für den Tod zehntausender Menschen, die den Versuch, Europa per Boot zu erreichen, nicht überlebten (Pro Asyl o. D.).

In diesem Zusammenhang wird Katrin Göring-Eckardt von den Grünen konkreter. Nachdem es die EU abgelehnt hat, das Seenotrettungsprogramm Mare Nostrum zu finanzieren, sagt sie im Bundestag:

„Meine Damen und Herren, wenn es in der Europäischen Union um Wirtschaft und Finanzen geht, spannen wir riesige Rettungsschirme auf. Wenn es um die Flüchtlinge geht, dann scheitert es an 9 Millionen Euro. Wir sind eine Gemeinschaft der Menschlichkeit, des Friedens, der Solidarität. Wenn wir all das nicht preisgeben wollen, dann müssen wir jetzt gemeinsam als Europa Verantwortung übernehmen; sonst verraten wir uns selbst; sonst verraten wir unsere Werte, das, weswegen wir ein einzigartiger Kontinent sind. Es ist auch morgen die Aufgabe beim Gipfel, das deutlich zu machen. Wenn der Westen, wenn Europa diese Wertegemeinschaft ist, dann sind die Toten im Mittelmeer die größte Verletzung des europäischen Wertekanons seit der Gründung. So können wir unsere Seele verlieren. Das müssen wir verhindern.“ (Katrin Göring-Eckardt, Bundestagsrede, 22.04.2015)

Göring-Eckardt konkretisiert, was unter den gemeinsamen europäischen Werten zu verstehen sei, wobei sie diese wahlweise auch als westliche Werte begreift. Deutlich wird eine starke Identifizierung Göring-Eckardts mit der EU, indem sie „wir“ sagt und der EU explizit die Werte „Menschlichkeit, Frieden und Solidarität“, die Europa zu einem „einzigartigen Kontinent“ machten, zuschreibt. Sie gibt dieser Wertegemeinschaft daraufhin die Schuld an den „Toten im Mittelmeer“ und konstatiert eine „Verletzung des europäischen Wertekanons“.

Diesen Wertekanon hat die EU institutionalisiert und mit der Einrichtung der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (FRA) die Überwachung der Einhaltung dieser Werte veranlasst:



„Seit Inkrafttreten des Vertrags von Amsterdam und später des Vertrags von Lissabon sieht das primäre Unionsrecht in Artikel 2 EUV ausdrücklich vor: ‚Die Werte, auf die sich die Union gründet, sind die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte einschließlich der Rechte der Personen, die Minderheiten angehören‘. Diese Grundwerte erfüllen sowohl für die Kandidatenländer als auch für die EU-Mitgliedstaaten eine normative Funktion.“ (Agentur der Europäischen Union für Grundrechte 2013, 7)

Dennoch stellt beispielsweise Sahra Wagenknecht die „Wertegemeinschaft“ in ein schlechtes Licht. Sie kritisiert die geringen finanziellen Mittel, die die EU für die Bewältigung ihrer Krise im Kontext von Fluchtmigration am 23.09.2015 beschlossen hatte: „Es zeigt auch sehr deutlich die wirklichen Werte der gelobten westlichen Wertegemeinschaft.“ (Sahra Wagenknecht, Bundestagsrede, 24.09.2015) Offensichtlich subsumiert Wagenknecht – anders als Merkel, Göring-Eckardt und andere Redner_innen aus CDU, SPD und Grünen – andere Werte unter dem Begriff „westliche bzw. europäische Wertegemeinschaft“, wobei Wagenknecht die grundsätzliche Existenz einer wie auch immer ausgestalteten „westlichen bzw. europäischen Wertegemeinschaft“ hier nicht in Frage stellt. Somit wird in allen analysierten Bundestagsreden Europa bzw. der Westen als auf spezifischen Werten basierende Einheit konstruiert, womit eine moralische Andersartigkeit gegenüber einem Außerhalb Europas/des Westens suggeriert wird. Mit Ausnahme der Linken-Politiker_innen sind die Europa/dem Westen zugeschriebenen Werte positiv attribuiert und werden einmal als Errungenschaft begrüßt, ein andermal im Kontext der Flüchtlingssituation jedoch vor allem als bedroht wahrgenommen, weshalb es einer konsequenten oder erneuten Besinnung auf diese Werte bedürfe.

Die gängige Ausrufung europäischer Werte beschreibt der Philosoph Markus Wirtz als eine „europäische Utopie“ (Wirtz 2005, 232), die an einer wertepespezifischen Aporie scheitert. Die Aporie besteht laut Wirtz in der Ausrufung einer spezifischen europäischen Identität, die sich jedoch auf universale, also nicht spezifisch europäische Werte beruft. Dazu gehörten wissenschaftliche Rationalität sowie eine demokratische und rechtsstaatliche Politik, die jüdisch-christliche Tradition und schließlich die aus der Aufklärung hervorgegangenen bürgerlichen Werte (vgl. Wirtz 2005, 232). Wirtz verweist hierbei auf zwei Widersprüche im Kontext der Einforderung dieser historischen Wertkonstruktionen als „europäisch“. Im Sinne einer humanistischen Denkrichtung sei es geradezu paradox, diese Werte als „europäisch“ zu definieren, da sie den Menschen an sich adressieren und nicht bloß „die Europäer_innen“. Außerdem gibt Wirtz zu bedenken, dass die Geschichte Europas vielmehr von der Pervertierung dieser Werte gekennzeichnet ist als von ihrer Realisierung – wie die Geschichten von Kolonialismus, Imperialismus, Nationalsozialismus und Totalitarismus zeigen (vgl. Wirtz 2005, 233). So kommt Wirtz zu dem Schluss:

„Entweder sind also die genannten Werte in ihrer Geltung universell, dann taugen sie nicht zur Identitätsbestimmung eines einzelnen Kontinents [...]; oder die genannten Werte werden ausschließlich in ihrer kontingenten historischen Genesis betrachtet und als kulturelle Errungenschaften in den Horizont des kollektiven europäischen Gedächtnisses eingeschrieben.“ (Wirtz 2005, 233)



Damit wiederum würde aber unterschlagen, dass außereuropäische Gesellschaften in die Genese und Verbreitung antiker Philosophie und moderner Werte maßgeblich involviert waren (vgl. Wirtz 2005, 234).

Insofern liegt es nahe, dass die politische Rhetorik die „europäische Wertegemeinschaft“ zu einer Metapher macht, deren Sinn weniger in der inhaltlichen Bestimmung konkreter Werte liegt, als vielmehr in der Konstruktion einer europäischen Identität. Die politische Praxis in Europa belegt gerade im Kontext der Einwanderung Geflüchteter zahlreiche Verstöße gegen die formalisierten europäischen Werte. Dies erkennt offensichtlich auch die FRA, die nicht nur in den Handlungen extremistischer Bewegungen Verstöße gegen die Grundrechte erkennt. Vielmehr warnt sie, dass „auch die abgeschwächte Nachahmung solcher Bewegungen durch etablierte Parteien [...] den gemeinsam beschlossenen europäischen Werten zuwiderlaufen“ könnten (Agentur der Europäischen Union für Grundrechte 2013, 19).

Sicherung der Außengrenzen

In vielen der analysierten Bundestagsreden ist von einer Notwendigkeit der „Sicherung der Außengrenzen“ die Rede. Auch diese Wortkombination muss als Metapher bezeichnet werden, da ihre Verwendung auf bestehenden Konzepten zu beruhen scheint und gleichzeitig nahezu unbegründet bleibt. Beispielsweise sagte Angela Merkel, dass „[w]ir [...] nur gemeinsam mit der Türkei unsere Außengrenzen sichern können“ (Merkel, Bundestagsrede am 24.09.2015), bleibt eine erklärende Bemerkung aber schuldig. Stattdessen versucht sie zu beweisen, dass sich politisch etwas bewegt: „Wir haben beim Europäischen Rat natürlich auch darüber gesprochen, dass zu der Sicherung der Außengrenzen der Aufbau von sogenannten Hotspots gehört.“ (ebd.)

Die Metapher „Sicherung der Außengrenzen“ verweist auf Geflüchtete, ohne diese zu benennen. Sie sind im Sinne der Metapher der Unsicherheitsfaktor, zu dessen Abwehr die Sicherung betrieben werden muss. Als Gegenteil von Sicherheit kommen neben Unsicherheit Begriffe wie Bedrohung, Gefahr, Kriminalität und Terror in Betracht; Begriffe also, die in flüchtlingsfeindlichen Diskursen mit Geflüchteten in Verbindung gebracht werden. Die Außengrenzen werden in der Metapher zum neuralgischen Zentrum. Eine „Sicherung der Außengrenzen“ ist ein militärischer Einsatz der Grenzpolizei, die durch die EU-Grenzschutzagentur Frontex unterstützt wird. Frontex wird von den Redner_innen im Bundestag nicht erwähnt, was damit zusammenhängen dürfte, dass das Image der Grenzschutzagentur seit ihres Bestehens immer schlechter wurde (vgl. Heck 2011). Stattdessen wird die Sicherung der Außengrenzen rhetorisch in humanitäre Maßnahmen eingebettet, wie beispielsweise von Sigmar Gabriel:

„Nicht die Zahl der Menschen, die kommen, ist das Problem, sondern das Problem ist die Geschwindigkeit, in der sie kommen. Ich finde, deswegen ist der Dreischritt richtig, nämlich sich um die Hilfe in den Nachbarregionen Syriens zu kümmern, die Außengrenze der Europäischen Union zu sichern und dann aber auch bereit zu sein, Kontingente an Flüchtlingen, und zwar in hoher Zahl, ohne Schlepper und auf geordnetem Wege nach Deutschland zu holen – nach meiner Vorstellung unter der Überschrift: Frauen und Kinder zuerst und Vorrang für Familien.“ (Gabriel, Bundestagsrede am 26.II.2015)



Ganz ähnlich äußerte sich auch Thomas Oppermann, indem er „bessere Kontrollen an der Grenze“ forderte und im selben Atemzug betonte, dass es mit der SPD keine „Grenzhaftlager für tausende von Flüchtlingen“ geben werde (Thomas Oppermann, Bundestagsrede am 15.10.2015).

Bemerkenswert ist das einvernehmliche Verständnis der Sicherheit als die Sicherheit von „uns“ vor „denen“. Mit dieser Metapher stilisieren die Redner_innen sich und die deutsche bzw. europäische Bevölkerung zu Opfern und machen Geflüchtete zu Tätern. Betrachtet man die Situation Geflüchteter an den europäischen Außengrenzen, so drängt sich die Frage auf, warum mit der Forderung nach einer besseren „Sicherung der Außengrenzen“ eigentlich nicht die Forderung einer europäischen Seenotrettung gemeint ist (vgl. Kopp 2011). Es zeigt, dass „Sicherheit“ der europäischen Bevölkerung vorbehalten bleibt.

Die Metapher steht im Einklang mit dem Sicherheitsdiskurs, der im Kontext von Fluchtmigration regelmäßig geführt wird: „Securitisation has emerged as the dominant hegemonic discourse type of migration.“ (Moore 2012, 76) Gabriele Zdunnek hat diesen Sicherheitsdiskurs analysiert und schreibt:

„Deutschland und andere Länder der Europäischen Union orientieren sich [...] am Konzept der ‚erweiterten‘ Sicherheit, das in starkem Maße von der Wahrnehmung neuer (nicht-militärischer) Risiken und Bedrohungen geprägt ist.“ (Zdunnek 2011, 347)

Neben Terrorismus, innerstaatlichen Konflikten u. a. wird im Weißbuch des deutschen Verteidigungsministeriums auch „Schutz vor illegaler Migration“ aufgeführt. (Zdunnek 2011, 347) Dies rechtfertigt beispielsweise Einsätze der Marine gegen Schlepper und Geflüchtete. Dahinter steckt das Konzept der „Securitization“, also der ‚Versicherheitlichung‘ „nicht-militärischer Politikfelder wie Armut, Gesundheit, Migration und Umweltzerstörung“ (Zdunnek 2011, 347). Jene Politikfelder stellen aus einem solchen Blickwinkel einen Sicherheitsmangel und damit eine Bedrohung dar. Als Reaktion auf die Bedrohung könnten gewaltsame Maßnahmen legitimer erscheinen und Einsätze des Militärs gefördert werden (Zdunnek 2011, 348).

Folglich ist die Metapher „Sicherung der Außengrenzen“ Teil eines relativ neuen dominanten Diskurses über Sicherheit im Kontext von Fluchtmigration, an dem führende Bundespolitiker_innen maßgeblich Anteil nehmen, indem sie die Metapher mitsamt ihren subtilen Implikationen im Forum des Bundestages (und darüber hinaus) verbreiten.

Gesetzespaket

Im Sinne Sigmar Gabriels wurde ein „Paket für die Flüchtlingshilfe“ (Sigmar Gabriel, Bundestagsrede am 10.09.2015) geschnürt, Angela Merkel spricht von einem „umfassenden Maßnahmenpaket“ (Angela Merkel, Bundestagsrede am 24.09.2015) und lobt „alle Maßnahmen unseres Gesetzpaketes“ (Angela Merkel, Bundestagsrede am 15.10.2015).

„[D]as Paket ist eine rundum stimmige, alltagstaugliche und nicht weiter auffällige sprachliche Hilfskonstruktion, gewissermaßen eine stille und fleißige, keineswegs eine kühne und erst recht keine erschreckende Metapher.“ (Spinnen 2014, 98)



Das Paket als Metapher ist eine gelungene rhetorische Wendung für politische Zwecke. „Still und fleißig“ schreibt Burkhard Spinnen. Das Paket ist still, indem es seinen Inhalt verschleiert, gleichzeitig aber positiv konnotiert ist. Es dient als Glückversprechen und fördert die Erwartung einer positiven Überraschung, so Spinnen (vgl. Spinnen 2014, 99). Es zeugt von Fleiß, indem darin die Summe der ganzen Arbeit jener, die das Paket geschnürt haben, vermutet wird. Schließlich ermöglicht diese Metapher aber – wie die bereits diskutierten Metaphern auch – die Spezifika zu verschweigen und das Konkrete zum undefinierten Allgemeinen zu bündeln.

Wir erwähnen das Paket als besondere Metapher und letztes Beispiel aus den Bundestagsreden, um noch einmal deutlich zu machen, was alle Metaphern kennzeichnet. Sie rekurren auf vorhandene Vorstellungen und reproduzieren bestehende Imaginationen der Wirklichkeit, ohne diese zu artikulieren. Ihre Macht besteht damit darin, das Nicht-Ausgesagte zu meinen während das Ausgesagte in seiner Allgemeinheit jeden Widerspruch absorbiert. Wer würde schon einem Politiker verübeln, ein Paket zu schnüren?

Fazit

Die Bedeutung des Parlamentes als Raum der politischen Aushandlung und der gesellschaftlichen Konstitution erscheint mit Blick auf vergangene Jahrhunderte als fantastische Errungenschaft. Und so konstatieren manche, dass man die „Bundestagsabgeordnetenrede [...] vom Standpunkt ihrer Wichtigkeit für die Gestaltung des deutschen politischen Diskurses als zentral bezeichnen [kann]“ (vgl. Piroshnikow 2014, 183). Gleichwohl bedeutet dies nicht, dass dieser politische Diskurs tatsächlich im Bundestag stattfindet. Vielmehr werden dort politische Positionen möglichst pointiert formuliert, um vom medialen Filter durchgelassen zu werden und in die mediale Diskussion einzufließen. In diesem Sinne hieß es unlängst in der *ZEIT*:

„Die große Rede hat es nicht leicht in Zeiten kurzer Statements auf Twitter und WhatsApp. Das gilt vor allem für die politische Kultur. Im Deutschen Bundestag hat der Redner fast kein Publikum mehr, an das er sein Anliegen glaubhaft adressieren könnte. Da sitzen Zuhörer und Schulklassen. Und die Kollegen. Doch die eigene Koalition muss der Abgeordnete nicht mehr überzeugen, und bei der gegnerischen wird es ihm nicht gelingen. Die meisten Politikerreden werden deshalb heute bloß gehalten, damit es ein paar Sprachschnipsel in die Tagesschau schaffen oder in die Zeitung.“ (Sentker 2016)

Wenn die Rede, der Streit, die Aushandlung, die politische Diskussion also nicht im Parlament stattfindet, der Bundestag aber das zentrale politische Forum der Bundespolitik ist, dann bedarf es einer Rhetorik, die die medialen Übermittler_innen anspricht.

Im Hinblick auf unsere Untersuchung verstehen wir Metaphern als wichtige Signifikate der politischen Rhetorik im Deutschen Bundestag. Sie dienen, wie Sentker beschreibt, vor allem als *Keywords* sowohl für die wenigen Zuhörer_innen, die die Gespräche live im Bundestag, im Fernsehen oder online verfolgen, als auch (und im Besonderen) für die Journalist_innen, die die in ihrer Berichterstattung zu verwendenden Gesprächsfetzen über die Metaphern schnell und leicht filtern und einordnen können. Denn in der Regel genügt es zu wissen, wie eine Metapher lautet und wer sie artikuliert hat, um den ungefähren Kontext der Aussage zu erkennen.



Wir möchten daher auf die eingangs beschriebene Genealogie bedeutungsüberschüssiger Metaphern hin zu Kollektivsymbolen oder gar absoluten Metaphern zurückkommen. Wir haben festgestellt, dass die Metapher „Bekämpfung der Fluchtursachen“ je nach politischer Couleur unterschiedliche Subtexte transportiert. Insofern handelt es sich hierbei um eine Metapher mit einem großen Bedeutungsüberschuss, sie ist vage und offen für diverse Interpretationen. Ein basales Grundverständnis der Bedeutung der Metapher ist gegeben, da sie Entschlossenheit, Handlungsfähigkeit und Macht zum Ausdruck bringen soll bzw. entsprechend gerahmt, „geframed“, ist. Ihr fehlt jedoch eine inhaltliche Konkretion, die über das Grundverständnis hinausweist.

Was die Metapher der „europäischen Wertegemeinschaft“ angeht, so ließe sich diese als „absolute Metapher“ im Sinne Blumenbergs verstehen. Sie rekurriert auf ein sinnlich nicht oder kaum erfahrbare Phänomen, das außer in eben dieser metaphorischen Form kaum sprachlich erfassbar scheint. So bleibt auch sie relativ vage, indem sie komplexe Inhalte, auf die sie abzielt, nicht expliziert; gleichwohl scheinen sämtliche Redner_innen ähnliche Vorstellungen damit zu verbinden.

Die „absolute Metapher“ der „europäischen Wertegemeinschaft“ gewinnt durch die „Sicherung der Außengrenzen“ gewissermaßen an Konkretion im Sinne eines Territoriums. Durch ihre „Sicherung“ gewinnen Grenzen ein hohes Maß an sinnlicher Wahrnehmbarkeit in Form bewaffneter Grenzschrützer, Barrieren und Grenzzäune. Vielleicht kann die Rede von der „Sicherung der Außengrenzen“ als Kollektivsymbol einer europäischen Gemeinschaft unter neuen Vorzeichen gesehen werden. Es bleibt abzuwarten, welche Wirksamkeit die Rede von der „Sicherung der Außengrenzen“ auch auf die Imagination einer „europäischen Wertegemeinschaft“ hat. Es ist fast davon auszugehen, dass diese territoriale Konkretion auch eine Konkretion auf ideeller Ebene erzwingt – eine Konkretion, die weniger auf einer eingeübten Selbstverständlichkeits-Logik basiert, sondern gegebenenfalls sogar selbst eine sinnlich erfahrbare Dimension hat. Eine Möglichkeit hier sinnliche Erfahrbarkeit zu erzeugen, stellen Regelungen, Beschlüsse und Gesetze bzw. vor allem deren Umsetzung dar.

Damit sind wir bei der letzten zu betrachtenden Metapher, dem „Gesetzespaket“ angekommen. Zur Erfahrbarkeit von Gesetzen und Regelungen im Zusammenhang mit Flucht, Asyl und Migration können wir aus unseren praktischen Erfahrungen in der Beratung von Menschen mit Flucht- und Migrationshintergrund und als Fachreferenten zu den rechtlichen Rahmenbedingungen für den Zugang zum Arbeitsmarkt für diese Zielgruppe berichten: In den letzten Jahren hat die Bundespolitik in kurzen Abständen von meist wenigen Monaten diverse Gesetzespakete im Bereich des Ausländerrechts verabschiedet. In der Praxis führt dies immer wieder zu Handlungsunfähigkeit, wenn sich verschiedene Akteure unklar über die aktuelle Gesetzeslage sind. Zudem können Gesetze in der Regel nicht einfach angewendet werden; sie entwickeln vielmehr konkrete praktische Ausformungen, die aufgrund von Gesetzesinterpretationen erst im Laufe ihrer Anwendung entstehen. Während sich also die „Schnürer“ der Pakete als handlungsfähig, fleißig und erfolgreich erfahren, sehen sich diejenigen, die das Paket entpacken und jene, die den Inhalt empfangen, mit neuen Herausforderungen konfrontiert, deren Bewältigung in vielen Fällen schwierig ist. Die Entwicklung der Metapher vom „Gesetzespaket“ wird also auch von dem wechselseitigen Verhältnis dieser unterschiedlichen Erfahrungsdimensionen abhängen.



Wir können festhalten, dass sich die hier verhandelten Begrifflichkeiten in einem Aushandlungsprozess befinden, in dem Akteure wie Politiker_innen oder Journalist_innen, aber auch die Leute im Alltag mehr oder weniger bewusst um die metaphorologische Essenz ringen. Insofern betrachten wir die analysierten Begriffe als „Metaphern im Prozess“, ohne absehen zu können, ob diese künftig auf eine allgemein geteilte Bedeutung verengt werden bzw. – um mit Cornelia Bruell zu sprechen – ob sie zu „toten Metaphern“ werden:

„Metaphern an sich haben keine Bedeutung – sie haben keinen fixen Platz im Sprachspiel. Es sind Worte, die in einem unvertrauten Sinn verwendet werden und erst durch die Interpretation der SprecherInnen, Bedeutung erlangen. Ist dies der Fall und die Metapher erscheint als sinnvoll/zweckmäßig, wird sie im Sprachspiel integriert. Sie gewinnt darin einen Platz und verliert damit ihren metaphorischen Charakter. Man kann dann von einer toten Metapher sprechen, über die ein neues Vokabular geschaffen wurde, das zur Buchstäblichkeit abgestorben ist.“ (Bruell 2005, 265, H. i. O.)

Was Bruell hier „tote Metapher“ nennt, weist in einem für uns entscheidenden Punkt eine große Nähe zu Hans Blumenbergs Konzept einer „absoluten Metapher“ auf: Wenn der Bedeutungsüberschuss einer Metapher auf eine Selbstverständlichkeit bzw. „Buchstäblichkeit“, wie Bruell es nennt, reduziert wird, hat das große Auswirkungen auf den daran anschließenden Diskurs bzw. auf jene Diskurse, die mit dieser Metapher als zentralem Element operieren. Blumenberg zeichnet sehr gut nach, wie beispielsweise die Licht-Metapher einen prägenden, ja paradigmatischen Einfluss auf die Entwicklung der Erkenntnistheorie und die philosophische Begriffsbildung hatte (vgl. Blumenberg 1957). Und gerade dieser Aspekt, dass die Wiederholung und Einübung bestimmter Metaphern letztlich auch die Entwicklung von Diskursen und darüber auch die Möglichkeitsbedingungen für Handlungen beeinflusst, lässt sich auch in der aktuellen politischen Debatte um den Umgang mit Menschen mit Fluchthintergrund zeigen. Wir befinden uns in einer vielleicht wegweisenden Phase der (Um-)Gestaltung unserer Gesellschaft. Von zentraler Bedeutung für die Richtung, die diese Entwicklung nehmen wird, wird auch die rhetorische Gestaltung des damit einhergehenden politischen Diskurses sein, und wie in diesem mit metaphorischen Figuren umgegangen wird.

Wie eingangs erwähnt, wäre es aus unserer Sicht wünschenswert, wenn dieser Diskurs von kulturwissenschaftlicher Seite verstärkt analytisch-kritisch begleitet würde und insbesondere die Arbeit an einem Instrumentarium zur Analyse metaphorischer bzw. allgemein rhetorischer Strukturen voran getrieben würde.

Literatur

Agentur der Europäischen Union für Grundrechte. 2013. *Die Europäische Wertegemeinschaft: Der Schutz der Grundrechte in Krisenzeiten* (Luxemburg: Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union).

Blumenberg, Hans. 1957. 'Licht als Metapher der Wahrheit. Im Vorfeld der philosophischen Begriffsbildung', *Studium Generale*, 10, H. 10 (1957), pp. 432-447.

Blumenberg, Hans. 1999. *Paradigmen zu einer Metaphorologie* (Frankfurt a. M.: Suhrkamp).

- Bruell, Cornelia. 2005. 'Sprache als Werkzeug diskursiver Konstruktionen kollektiver EU-Identitäten – Der Verfassungsdiskurs als Ankerpunkt einer Analyse', in *Die Werte Europas. Verfassungspatriotismus und Wertegemeinschaft in der EU?*, ed. by Helmut Heit (Münster: Lit), pp. 259-270.
- FAZ 2015, 'Orban ruft Deutschland zur Grenzschießung auf', *Frankfurter Allgemeine Zeitung* 6.9. 2015, <<http://www.faz.net/aktuell/politik/fluechtlingskrise/asyl-seehofer-fordert-klare-position-von-merkel-13787920.html>> [accessed 2016-06-15]
- Gerhard, Ute. 1992. 'Wenn Flüchtlinge und Einwanderer zu 'Asylantenfluten' werden – zum Anteil des Mediendiskurses an rassistischen Pogromen', *OBST – Osnabrücker Beiträge zur Sprachtheorie*, 46 (1992), pp. 163-178.
- Goffman, Erving. 1974. *Frame analysis* (Cambridge: Harper & Row).
- Hall, Stuart. 2008. 'Encoding, Decoding', in *The Cultural Studies Reader*, ed. by Simon During, 3rd edition (London/New York: Routledge 2008), pp. 477-487.
- Heck Gerda. 2011. 'Die Rolle der europäischen Grenzschutzagentur Frontex', in *Flüchtlingsschutz als globale und lokale Herausforderung*, ed. by Markus Ottersbach and Claus-Ulrich Prölß (Wiesbaden: VS Verlag 2011), pp. 71-82.
- Hetzl, Andreas. 2010. *Die Wirksamkeit der Rede. Zur Aktualität klassischer Rhetorik für die moderne Sprachphilosophie* (Bielefeld: Transcript).
- Interkultureller Rat in Deutschland e. V. 2015. *Flüchtlinge aufnehmen und integrieren*, Pressemitteilung vom 25. 6. 2015 (Darmstadt), <http://www.interkultureller-rat.de/wp-content/uploads/PM_IR_Fluechtlinge_aufnehmen2.pdf> [accessed 2016-05-26]
- Kopp, Karl. 2011. 'Traurige Realität: Zurückweisungen, willkürliche Inhaftierungen und der Tod von Flüchtlingen an Europas Außengrenzen', in *Flüchtlingsschutz als globale und lokale Herausforderung*, ed. by Markus Ottersbach and Claus-Ulrich Prölß (Wiesbaden: VS Verlag), pp. 95-101.
- Link, Jürgen. 1996. *Versuch über den Normalismus. Wie Normalität produziert wird* (Opladen: Westdeutscher Verlag).
- Marchart, Oliver. 2008. *Cultural Studies* (Konstanz: UTB).
- Moore, Kerry. 2012. '“Asylum Crisis”, National Security and the Re-articulation of Human Rights', in *Migrations and the Media*, ed. by Kerry Moore, Bernhard Gross and Terry Threadgold (New York: Peter Lang), pp. 65-88.
- Piroshnikow, Alexander. 2014. *Expressivität des deutschen politischen Diskurses. Mittel, Faktoren, Gesetzmäßigkeiten* (Bremen: Hempen).
- Pro Asyl. [2015]. 'Tod an Europas Grenzen', <<https://www.proasyl.de/thema/eu-asylpolitik/>> [accessed 2016-06-14]
- Renger, Rudi. 2008. 'Populärer Journalismus', in *Kultur – Medien – Macht. Cultural Studies und Medienanalyse*, ed. by Andreas Hepp and Rainer Winter, 4th edn. (Wiesbaden: VS Verlag), pp. 269-283.
- Sentker, Andreas. 2016. 'Einfach überzeugen. Reden kann man lernen, am besten von großen Vorbildern – höchste Zeit für eine Lektion in Rhetorik', *ZeitOnline*, 19 May 2016 <<http://www.zeit.de/2016/20/rhetorik-redner-vorbilder/komplettansicht>> [accessed 2016-05-20]



- Spiegelonline 2015a, Flüchtlinge: Deutlich mehr Übergriffe auf Asylbewerber-Unterkünfte *kev/AFP/dpa/Reuters* <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/asylbewerber-zahl-der-uebergriffe-auf-einrichtungen-gestiegen-a-1045079.html> [accessed 2016-06-15]
- Spiegelonline 2015b, 'Gewalt gegen Flüchtlinge: Steinmeier gibt geistigen Brandstiftern Mitschuld an Angriffen', *ulz/AFP/Reuters/dpa* <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/steinmeier-gibt-geistigen-brandstiftern-mitschuld-an-attacken-auf-fluechtlinge-a-1069531.html> [accessed 2016-06-15]
- Spinnen, Burkhard. 2014. *Gut aufgestellt. Kleiner Phrasenführer durch die Wirtschaftssprache* (Freiburg i. B.: Herder).
- Wehling, Elisabeth. 2016. *Politisches Framing. Wie eine Nation sich ihr Denken einredet – und daraus Politik macht* (Köln: Halem).
- Willemsen, Roger. 2014. *Das Hohe Haus. Ein Jahr im Parlament* (Frankfurt a. M.: Fischer).
- Wirtz, Markus. 2005. 'Der lange Weg nach EUtopia. Zwei grundsätzliche Aporien europäischer Identitätsbildung und ihre mögliche Auflösung', in *Die Werte Europas. Verfassungspatriotismus und Wertegemeinschaft in der EU?*, ed. by Helmut Heit (Münster: Lit), pp. 231-242.
- Zdunnek, Gabriele. 2011. 'Peripherie-Stichwort: Sicherheit', *Peripherie – Zeitschrift für Politik und Ökonomie in der Dritten Welt*, 122/123 (2011), pp. 346-349.

Quellen

- Bartsch, Dietmar. 'Flüchtlingskrise und Zukunftsgestaltung mit „Weiter so“ nicht lösbar', 08.09.2015, <http://www.linksfraktion.de/reden/fluechtlingskrise-zukunftsgestaltung-weiter-so-nicht-loesbar/> [accessed 2016-03-06]
- Bartsch, Dietmar. 'Wir wollen Frieden mit den Mitteln des Friedens', 14.10.2015, <http://www.linksfraktion.de/reden/wir-wollen-frieden-mitteln-friedens/> [accessed 2016-03-06]
- Bartsch, Dietmar. 'Quo vadis Europa?' 16.12.2015, <http://www.linksfraktion.de/reden/quo-vadis-europa/> [accessed 2016-03-06]
- Gabriel, Sigmar. Plenarprotokoll Deutscher Bundestag, 18. Wahlperiode, 121. Sitzung, 10.09.2015, pp. 11702-11707, <http://dipbt.bundestag.de/doc/btp/18/18121.pdf> [accessed 2016-03-06]
- Gabriel, Sigmar. Plenarprotokoll Deutscher Bundestag, 18. Wahlperiode, 140. Sitzung, 26.11.2015, pp. 13725-13731, <http://dip21.bundestag.de/dip21/btp/18/18140.pdf> [accessed 2016-03-06]
- Göring-Eckardt, Katrin. Flüchtlingssterben, 22.04.2015, <https://www.gruene-bundestag.de/parlament/bundestagsreden/2015/april/katrin-goering-eckardt-fluechtlingssterben.html> [accessed 2016-03-06]
- Hofreiter, Anton. Regierungserklärung zum EU-Treffen zur Flüchtlingspolitik, 24.09.2015, <https://www.gruene-bundestag.de/parlament/bundestagsreden/2015/september/anton-hofreiter-regierungserklaerung-zum-eu-treffen-zur-fluechtlingspolitik.html> [accessed 2016-03-06]
- Hofreiter, Anton. Europäischer Rat, 16.12.2015, <https://www.gruene-bundestag.de/parlament/bundestagsreden/2015/dezember/anton-hofreiter-europaeischer-rat.html> [accessed 2016-03-06]
- Kauder, Volker. Plenarprotokoll Deutscher Bundestag, 18. Wahlperiode, 130. Sitzung, 15.10.2015,



- S. 12566-12568, <http://dipbt.bundestag.de/doc/btp/18/18130.pdf> [accessed 2016-03-06]
- Kauder, Volker. Plenarprotokoll Deutscher Bundestag, 18. Wahlperiode, 139. Sitzung, 25.11.2015, <http://dip21.bundestag.de/dip21/btp/18/18139.pdf> [accessed 2016-03-06]
- Kipping, Katja. 'Für Klimaschutz und Klimagerechtigkeit', 04.12.2015, <http://www.linksfraktion.de/reden/klimaschutz-klimagerechtigkeit/> [accessed 2016-03-06]
- Kipping, Katja. 'Fluchtursachen bekämpfen', 16.12.2015, <http://linksfraktion.de/reden/fluchtursachen-bekaempfen-2015-12-16/> [accessed 2016-03-06]
- Merkel, Angela. Rede von Bundeskanzlerin Merkel im Deutschen Bundestag, 09.09.2015, <https://www.bundesregierung.de/Content/DE/Rede/2015/09/2015-09-10-rede-deutscher-bundestag.html> [accessed 2016-03-06]
- Merkel, Angela. Regierungserklärung von Bundeskanzlerin Merkel, 24.09.2015, <https://www.bundesregierung.de/Content/DE/Regierungserklaerung/2015/2015-09-24-regierungserklaerung.html> [accessed 2016-03-06]
- Merkel, Angela. Regierungserklärung von Bundeskanzlerin Merkel, 15.10.2015, <https://www.bundesregierung.de/Content/DE/Regierungserklaerung/2015/2015-10-15-regierungserklaerung.html> [accessed 2016-03-06]
- Merkel, Angela. Rede von Bundeskanzlerin Merkel zum Einzelplan 04, 15.11.2015, <https://www.bundeskanzlerin.de/Content/DE/Rede/2015/11/2015-11-26-rede-merkel-haushalt.html> [accessed 2016-03-06]
- Merkel, Angela. Regierungserklärung von Bundeskanzlerin Merkel, 16.12.2015, <https://www.bundesregierung.de/Content/DE/Regierungserklaerung/2015/2015-12-17-regierungserklaerung.html> [accessed 2016-03-06]
- Oppermann, Thomas. Rede zur Regierungserklärung zum Europäischen Rat, 19.03.2015, <http://www.thomasoppermann.de/details.php?ID=1655&PHPSESSID=43c2f4810f430b0fef160idffe17f27d> [accessed 2016-03-06]
- Oppermann, Thomas. Rede zur Regierungserklärung zu Gipfeln Östliche Partnerschaft, G7 sowie EU-CELAC, 21.05.2015, <http://www.thomasoppermann.de/details.php?ID=1580> [accessed 2016-03-06]
- Oppermann, Thomas. Generaldebatte, 9. September 2015, 09.09.2015, <http://www.thomasoppermann.de/details.php?ID=1613> [accessed 2016-03-06]
- Oppermann, Thomas. Rede bei der Debatte zum EU-Sondergipfel am 24. September 2015, 24.09.2015, <http://www.thomasoppermann.de/details.php?ID=1624> [accessed 2016-03-06]
- Oppermann, Thomas. Rede bei der Debatte zum Europäischen Rat am 15. Oktober 2015, 15.10.2015, <http://www.thomasoppermann.de/details.php?ID=1624> [accessed 2016-03-06]
- Oppermann, Thomas. Rede bei der Generaldebatte zum Haushalt am 25. November 2015, 25.11.2015, <http://www.thomasoppermann.de/details.php?ID=1643> [accessed 2016-03-06]
- Oppermann, Thomas. Rede zum Europäischen Rat am 16. Dezember 2015, 16.12.2015, <http://www.thomasoppermann.de/details.php?ID=1659&PHPSESSID=198f90326bf32dd49bec9566bcbf2e0c> [accessed 2016-03-06]

Wagenknecht, Sahra. 'Die wirklich teuren Flüchtlinge sind die Steuerflüchtlinge', 24.09.2015, <http://www.sahra-wagenknecht.de/de/article/2192.die-wirklich-teuren-fl%C3%BChtlinge-sind-die-steuerfl%C3%BChtlinge.html> [accessed 2016-03-06]

Wagenknecht, Sahra. 'Was wir zurzeit erleben ist eklatantes Staatsversagen', 15.10.2015, <http://www.sahra-wagenknecht.de/de/article/2207.was-wir-zurzeit-erleben-ist-eklatantes-staatsversagen.html> [accessed 2016-03-06]

Authors' affiliation

Arthur Depner, Simon Goebel, Tür an Tür – Integrationsprojekte GmbH, Wertachstraße 29,
86153 Augsburg, Germany
arthur.depner@tuerantuer.de, simon.goebel@tuerantuer.de